

Das Reparationsproblem und die deutsche Sozialreform

Autor(en): **Fernau, Hermann**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **25 (1922-1923)**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-750003>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

von Journalisten nach Belgien das eine wichtigste Ergebnis, *in der deutschen Schweiz* — nur um *sie* kann es sich da handeln — ein tieferes Verständnis für die Lage und die Politik dieses Landes herbeizuführen. Sonst sind alle offiziellen Freundschaftsbeteuerungen Schall und Rauch. (Schluss folgt)

ZÜRICH

HERMANN SCHOOP



DAS REPARATIONSPROBLEM UND DIE DEUTSCHE SOZIALREFORM

In seiner großen Rede vom 12. Juli hat der englische Ministerpräsident Baldwin sehr anschaulich und eindringlich über die fortschreitende Zerrüttung Europas, über die Notwendigkeit der Verhinderung eines deutschen Zusammenbruchs und einer baldigen Lösung der Ruhr- und Reparationsfrage gesprochen. Solche wohlmeinenden Reden hören wir zwar gern, aber wir machen uns über ihre praktischen Erfolge keine Illusionen mehr. Denn solange die führenden Staatsmänner nicht den Mut finden, jenen destruktiven und reaktionären Elementen das Handwerk zu legen, die heut in Frankreich und Deutschland einen maßgebenden Einfluss auf die Politik ausüben und die aus der fortschreitenden Zerrüttung politischen und materiellen Nutzen ziehen, solange wird die Regelung der Reparationsfrage ein frommer Wunsch bleiben.

Es ist, wie ich im nachstehenden zeigen möchte, die Lösung des Reparationsproblems nicht bloß eine Frage der politischen Machtbeherrschung der reaktionären Kräfte, sondern *auch eine Frage der wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands*. Obgleich niemand von dieser Wiederherstellung spricht, ist sie doch die Voraussetzung für *jede* befriedigende Lösung des Reparationsproblems. Aus *eigner* Kraft müsste Deutschland jene sozialgesetzgeberischen Hemmungen beseitigen, die einer Normalisierung seiner Wirtschaft und Finanz im Wege stehen; solange es das nicht tut, kann es ehrlicherweise überhaupt keine Reparationen anbieten. —

Reichskanzler Wirth hatte die drohende Gefahr der Ruhrbesetzung klar erkannt. Während der ganzen Dauer seiner

Amtstätigkeit hatte er es verstanden, die Absichten der französischen Nationalisten und Großindustriellen zu vereiteln. Seine ehrlichen Bemühungen um die Erfüllung des Vertrags wurden zwar in Frankreich bemisstraut und verhöhnt, aber sie entwandten der französischen Reaktion doch die Argumente, deren sie zur Ruhrbesetzung bedurfte.

Mit dem „Wirtschaftsfachmann“ Cuno änderte sich das Bild. Fühlte sich Herr Cuno auf Grund seiner englisch-amerikanischen Freundschaften stark genug, den französischen Drohungen zu trotzen? Hielt er Deutschland für einen Wirtschaftskrieg besser gerüstet als Frankreich? Oder sah er die seit 1921 über Deutschland hängende Gefahr überhaupt nicht? Tatsache ist jedenfalls, dass er just *das* tat, was er nach Lage der Dinge am allerwenigsten hätte tun dürfen: Er *ignorierte* den Zahlungsplan vom März 1922 und richtete sofort nach seinem Amtsantritt, am 14. November 1922, ein vierjähriges Moratoriumsgesuch an die Entente. Er hätte wissen müssen, dass die Alliierten, und insonderheit Frankreich, jedes neue deutsche Moratoriumsgesuch als Sabotageakt auffassen würden. Herr Bonar Law beantwortete denn auch das Cuno'sche Gesuch mit der trocknen Bemerkung, „dass der vorgelegte Plan nach Ansicht der Ministerpräsidenten keine Lösung bietet, die bei der gegenwärtigen Lage von den alliierten Regierungen als befriedigend angesehen werden könnte“. Diese Antwort war ein Warnungszeichen, aber Cuno beachtete es umso weniger, als gleichzeitig in London unter den Alliierten ein Streit darüber ausgebrochen war, was nun zu geschehen habe. Das Kabinett Cuno mag geglaubt haben, dass England und Italien so energisch gegen die Ruhrbesetzung protestieren würden, dass Frankreich allein sie nicht wagen würde. Aber was in Deutschland wie ein Streit unter den Alliierten aussah, das war in Wahrheit ein Sieg der französischen Nationalisten. Sie suchten und fanden schnell einen Vorwand für die Ruhrbesetzung in der Tatsache, dass Deutschland (zufällig?) mit einigen Kohlen- und Holzlieferungen im Rückstand geblieben war.

Die französischen Nationalisten hatten leichtes Spiel, die Ruhrbesetzung sozusagen als Notwehrakt gegen die deutsche Böswilligkeit populär zu machen. Die Tatsache nämlich, dass

seit dem Rücktritt Wirths in keinem offiziellen deutschen Dokument der Zahlungsplan vom 21. März 1922 auch nur erwähnt wird, ließ den Glauben aufkommen, als habe die Regierung Cuno die Absicht, im Jahre 1923 überhaupt nichts zu bezahlen. Das wirkte um so verstimmender auf das französische Volk, als gleichzeitig eine empfindliche Steuererhöhung angekündigt wurde, die man mit der Nichtbezahlung der deutschen Schuld rechtfertigte. — Hätte die Regierung Cuno, anstatt ein vierjähriges Moratorium zu verlangen, die Verlängerung des Zahlungsplans von 1922 auf 1923 erbeten und hätte sie gleichzeitig die Nachlieferung (oder Barzahlung) jener Kohlen- und Holzlieferungen versprochen, mit denen Deutschland im Rückstand geblieben war, dann wäre die Idee der Ruhrbesetzung in Frankreich niemals so populär geworden, dass Herr Poincaré sie hätte wagen können.

Aber die hinter der Regierung stehende Reaktion bildete sich ein, Frankreich treibe nur Maulheldenpolitik; wie sie den Gegner leichtfertig unterschätzte, so überschätzte sie die englischen und amerikanischen Sympathien für Deutschland. Man war sicher, mit englisch-amerikanischer Hilfe Frankreich zu einem Moratorium zwingen zu können, das noch vorteilhafter für Deutschland war, als das von Herrn Cuno am 14. November vorgeschlagene.

Frankreich hat sich mit der Ruhrbesetzung in ein Abenteuer gestürzt, das ihm seine besten Sympathien entfremdet, ihm den glühenden Hass des deutschen Volkes eingetragen hat und bei alledem nicht die eigenen Kosten deckt. Deutschland organisierte gegen den französischen Gewaltakt jene „passive Resistenz“, die mehr einem nationalistischen Propagandafeldzug denn einem würdigen Abwehrakt gleicht. Wie man im Glauben an seine kurze Dauer und Sieghaftigkeit den Krieg nur mit Anleihen finanziert hatte, so war man auch hier wieder des schnellen Erfolgs sicher und finanzierte die passive Resistenz, anstatt mit Sondersteuern, leichtfertig nur mit Krediten, das heißt mit der Notenpresse.

Die Folge dieser Hasardeurpolitik war eine neue, ungeheure Entwertung der deutschen Währung. Kurz vor der Ruhrbesetzung kostete der Dollar in Berlin 7000 Mark; heute

kostet er über 6,000,000 Mark. Da die Politik des passiven Widerstands den Import englischer Kohlen, die Bewilligung riesenhafter Kredite an die Industriellen, die Unterbringung und Verpflegung ausgewiesener Beamten und die Unterstützung der zunehmenden Arbeitslosen erforderte, und man all diese Riesenausgaben nur mit der Notenpresse bestritt, so stieg während der sieben Monate, die die Ruhrbesetzung jetzt dauert, die deutsche Banknotenflut von 1 Billion im Januar auf nahezu 22 Billionen. Jeden Tag druckt Deutschland gegenwärtig zirka 300 neue Milliarden Papiermark und beschäftigt damit, neben der offiziellen Reichsdruckerei, etwa 20 Privatdruckereien und 40 Papierfabriken. In Goldwährung zurückgerechnet und vorsichtig geschätzt, belaufen sich die Kosten dieser siebenmonatigen Widerstandspolitik schon heut auf rund 2,5 Milliarden Goldmark (andere Schätzungen gehen bis 8 Milliarden). Wenn man bedenkt, dass der Zahlungsplan vom März 1922 nur 720 Millionen jährlich von Deutschland fordert und dass Deutschland mit der Behauptung, es könne diese 720 Millionen nicht zahlen, innerhalb sieben Monaten dreimal so viel ausgegeben hat, dann kann man nicht sagen, dass diese passive Resistenz ein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte darstellt. Dass Frankreich auch unter der Ruhrbesetzung leidet und jetzt weniger Reparationen erhält als früher ist dabei ein lächerlicher Trost.

* * *

Die Tatsache, dass Deutschland in seiner Denkschrift vom 7. Juni 1 Goldmilliarde jährlich anbietet, während es doch bereits auf dem Punkt angelangt ist, wo es die Bedürfnisse seines eigenen Haushalts selbstbetrügerisch mit der Notenpresse befriedigen muss, wird das Vertrauen der Gläubiger zu diesem Angebot gewiss nicht erhöhen. Jeder Kenner der heutigen deutschen Zustände muss angesichts dieses Angebots das Gefühl haben, dass hier etwas nicht stimmt. Dies um so mehr, als die Hoffnungen auf eine internationale Anleihe zunichte geworden sind, seit sich herausgestellt hat, dass Deutschland keine zuverlässigen Garantien für deren Verzinsung und Tilgung mehr bieten kann.

In der Tat könnte Deutschland ehrlicherweise erst dann Reparationen anbieten, wenn es *vorher* die Rentabilität seiner Wirtschaft wiederherstellt, das heißt aus eigener Kraft jene gründliche Wirtschafts- und Finanzreform vornimmt, mit der allein es wieder zahlungsfähig werden kann.

Just im Augenblick, wo die restloseste Anspannung aller Kräfte nötig gewesen wäre, um die durch vier Kriegsjahre herabgewirtschaftete Produktion wieder normal und gewinnbringend zu gestalten, leistete sich Deutschland den Luxus einer produktionshindernden Sozialgesetzgebung, wie sie in gleicher Großartigkeit in keinem andern Lande der Welt existiert: Abschaffung der Stückerarbeit, Lohntarifsystem, Betriebsrätegesetz, bezahlte Ferien, Arbeitslosenunterstützung, Mieterschutz und ähnliche sozialistische Reformen (zu denen auch der Achtstundentag gehört, der aber im Sinne unserer Betrachtung erträglich gewesen wäre) bedeuteten die Erfüllung lang ersehnter Arbeiterforderungen. Die mit der November-Revolution zur Herrschaft gelangte Sozialdemokratie hatte weder Verständnis für die durch den Krieg aufgeworfenen internationalen Probleme noch für die kapitalistischen Notwendigkeiten des Wiederaufbaus. Inmitten des europäischen Trümmerfeldes, das der Weltkrieg geschaffen hatte, sahen die Sozialisten nur die Notlage der deutschen Arbeiterklasse; und sie setzten ihre ganze Tatkraft an die sofortige Verwirklichung eines deutschen Arbeiterparadieses. Dabei gingen sie wie Leute zu Werke, die ein Recht zur Rache an der „Bourgeoisie“ hatten und denen alle Reichtumsquellen einer wohlhabenden, normal arbeitenden Nation zur Verfügung stehen: Sie gaben dem Arbeiter alle Rechte, beschränkten die Freiheit und Initiative des Unternehmertums aufs äußerste, zerstörten die freie Bildung des Arbeitslohns und Mietzinses, setzten die Arbeitergewerkschaften als Aufsichtsräte über die „kapitalistische Profitgier“ und zwängten dergestalt das gesamte deutsche Wirtschaftsleben unter die ganz neuen Gesetze des proletarischen Selbstschutzes.

Diese gewiss menschenfreundlich gedachten und mit jäher Plötzlichkeit durchgeführten Reformen mussten eine vollständige Umgestaltung der deutschen Wirtschaftsdynamik zur

Folge haben. Denn sie stellten das eiserne Gesetz von Angebot und Nachfrage auf den Kopf, lähmten mit der kapitalistischen Initiative auch die Schaffensfreude des Arbeiters, verringerten und verteuerten infolgedessen die Produktion, vernichteten mit der Grundrente die deutsche Bautätigkeit, steigerten das Wohnungselend zur Katastrophe, zerstörten die Rentabilität des Kapitals und der Arbeit und wirkten ganz allgemein wie eine Prämie auf die Trägheit und Mittelmäßigkeit. Dazu kam, dass die Ausarbeitung, Durchführung und Überwachung dieser Sozialgesetzgebung eine ganz neue, riesengroße Bürokratie notwendig machte (im Vergleich zur Vorkriegszeit ist das deutsche Beamtenheer um zwei Drittel gewachsen), die total unproduktiv blieb und Riesensummen verschlang. Was früher drei Arbeiter in einer Stunde schafften, dazu brauchten im Lohntarifsystem fünf Arbeiter zwei Stunden, wozu noch ein Beamter kam, der ihre Tätigkeit registrierte und für Einhaltung der zahllosen, neuen Bestimmungen sorgte.

Wenn überall in der Welt der Satz gilt, möglichst viel mit möglichst wenig Zeit und Kosten zu produzieren, so gilt heute in Deutschland der Satz, dass Zeit und Kosten der Produktion keine Rolle spielen, wenn dem Arbeiter nur bei geringster Anstrengung ein möglichst hoher Lohn gesichert ist. Die verringerte und verteuerte Produktion (die nur künstlich durch die Notenpresse verbilligt werden kann und deshalb noch immer exportfähig bleibt), die in keinem Verhältnis zu den Ausgaben stehenden Einnahmen der Staatsbetriebe, die unabwendbare Erhöhung der Einfuhren und schließlich die Durchfütterung der neuen Drohnenbürokratie machten Deutschlands Handels- und Zahlungsbilanz gar bald trostlos passiv. Da man zehnmal mehr verbrauchte als man einnahm und nicht den Mut fand, dem deutschen Volke zu sagen, dass die *wahre* Ursache dieser Defizitwirtschaft in der ungenügenden und viel zu teuren Produktion lag, begann man mit der Vogelstraußpolitik des Banknotendrucks. Das heißt, man deckte die Defizite selbstbetrügerisch mit der Notenpresse und gaukelte dem Volke dergestalt einen künstlichen Reichtum vor, der in Wahrheit ein Symptom des Verfalls und der Verarmung war.

Die ersten, die die neue Situation begriffen und skrupellos zu ihrem Vorteil ausnützten, waren natürlich die Kapitalisten und Finanzleute. Sie nahmen die Entrechtung und Knebelung, die die Sozialgesetzgebung über ihre „Herr-im-Hause“-Stellung brachte, nicht allzu tragisch. Denn kein Staats- oder Betriebsrat konnte sie hindern, die Inflationswirtschaft zu leichten, gewinnbringenden Spekulationen auszunutzen, vom Ausland Gold gegen ihre mit billigem Papier fabrizierte Ware einzutauschen, alle ihre entbehrlichen mobilen Werte, Exportgewinne usw. ins Ausland in Sicherheit zu bringen und den Staat durch betrügerische Bilanzen um seine Steuern zu prellen. Ein wenig mehr Weitsicht und wirkliche Vaterlandsliebe hätte sie freilich veranlassen sollen, gegen den Riesenvolksbetrug der Inflation Front zu machen. Aber erstens waren in dem neuen System die Geschäfte leichter und einträglicher als früher (allerdings handelte es sich vielfach auch hier nur um Scheingewinne), zweitens brachten sie nicht den Mut auf, offen gegen die Errungenschaften der Revolution aufzutreten, und drittens endlich war ihnen der Versailler Vertrag so verhasst, dass sie lieber *ihn* als Urheber allen Unglücks hinstellten und sehenden Auges in den Bankrott hineinrannten (der ihrer Meinung nach nur vorteilhaft für ihre Taschen sein konnte), als Frankreich wenigstens einen Teil seiner berechtigten Ansprüche zu zahlen.

* *

So lebt Deutschland seit vier Jahren nicht mehr vom Ertrag seiner Arbeit, sondern von seiner *Substanz*. Zwar sind inzwischen alle Deutschen Millionäre geworden, aber wenn die 30 Millionen erwachsener Deutschen ihr heutiges Papiervermögen in Gold zurückrechnen wollten, würde sich zeigen, dass höchstens 50,000 *effektiv* reicher geworden sind als 1914. Diese 50,000 sind die alleinigen Nutznießer der Sozialreform und der Inflationswirtschaft. Unter Herrn Stinnes' intelligenter Leitung konzentrieren sie in ihren Händen alle kapitalistische Macht, gebieten über eine einflussreiche Presse (Herr Stinnes allein besitzt ca. 80 Tageszeitungen) und sind die eigentlichen Machthaber Deutschlands.

Krasser als mit dieser Feststellung kann man die Einfalt der Leute, die sich einbilden, mit sozialistischen Diktaten und Reglementierungen das Los der Arbeiter verbessern zu können, nicht geißeln. Denn wenn man bedenkt, dass heut jede Kapitalbildung und Spartätigkeit in Deutschland *aufgehört* hat, dass die übrigen 29,950,000 Deutschen trostlos verarmt sind und dass der deutsche Arbeiter durchschnittlich zwei Drittel weniger verdient als vor dem Krieg, so dass er im Vergleich zu seinen ausländischen Kollegen auf das Niveau chinesischer Kulis hinabgesunken ist; wenn man sich weiter vorstellt, dass das Wohnungselend ein himmelschreiender Skandal geworden ist, dass der Mittelstand buchstäblich zermalmt wird und Schulen, Krankenhäuser, Kinderheime und andere öffentliche Anstalten für ihre Erhaltung *betteln* gehen müssen, dann bekommt man vom „praktischen Sozialismus“ keine stolze Idee und der Begriff der deutschen Leistungsfähigkeit im Sinne des Versailler Vertrags wird zum Gelächter.

Die deutschen Sozialisten sind um Ausreden nicht verlegen und wälzen natürlich alle Schuld auf die Kapitalisten. Und just als sei Deutschland noch nicht genügend zugrunde gerichtet, verlangen sie jetzt die „Erfassung der Sachwerte“ zwecks Bezahlung der Reparationsschulden. Sie rechnen aus, dass Deutschland heut noch ein Gesamtvermögen von 200 Goldmilliarden in Sachwerten besitzt und schlagen vor, ein Viertel davon der Entente auf Reparationskonto abzutreten. Die Naivität dieser Weltverbesserer kennt keine Grenzen. Sie sollten doch wissen, dass „Werte“ im nationalökonomischen Sinne nur solche Kapitalanlagen, Fabriken, Maschinen, Bergwerke, Häuser, Wälder usw. sind, die einen *effektiven Ertrag* abwerfen. Was soll mir ein Zinshaus im Werte von 300,000 Goldmark, wenn es infolge der Mieterschutzgesetzgebung überhaupt keine Rente abwirft? Da ihm die Rentabilität fehlt, ist es ein *toter* Wert. Wollte ich meinem Gläubiger davon 25% als Schuldentilgung anbieten, dann würde er mich auslachen, es sei denn, dass *vorher* jene Schutzgesetzgebung aufgehoben wird, die die Rentabilität des Hauses vernichtet hat.

So ungefähr steht es heut mit *allen* deutschen Sachwerten. Man kann sehr wohl sagen, dass Deutschland heut noch ein

Sachvermögen von 200 Goldmilliarden besitzt, aber man muss hinzufügen, dass diesem Vermögen infolge der bestehenden Gesetzgebung die *Rentabilität fehlt*. Die deutschen Industrieaktien mögen noch so hohe Dividenden verteilen (neuerdings bis 400%), in Gold zurückgerechnet, ergibt das kaum eine Verzinsung von $\frac{1}{10}$ 0/0. Was sollen die Ententegläubiger, die doch in Gold rechnen, mit solchen Aktien tun? Eine Maschine mag noch so wertvoll und rationell sein, sie bleibt ein Stück *Eisen*, wenn niemand da ist, der sie so bedient, dass die mit ihr verfertigten Produkte mit normalem *Nutzen* verkauft werden können. Solange die bestehenden Gesetze die rationelle Ausbeutung der deutschen Sachwerte verhindern, bleibt Deutschlands Nationalvermögen ein bloßer arithmetischer Begriff.

* * *

Um wieder in den normalen Zustand wirklich produktiver, rentabler Arbeit zurückzukehren (wie sogar Russland ihn heut wieder anbahnt!) müsste Deutschland

1. seine gesamte Sozialgesetzgebung abschaffen und das alte System der *freien* kapitalistischen Initiative und Konkurrenz wiederherstellen,

2. sein Riesenbeamtenheer radikal abbauen, das heißt alle aus der Sozialgesetzgebung geborenen Ministerien, Behörden, Ämter usw. beseitigen und die frei werdenden Kräfte in den Dienst produktiver Arbeit stellen,

3. eine durchgreifende Reform seiner Steuergesetzgebung verwirklichen, das heißt Industrie und Landwirtschaft proportionell zu ihren effektiven Gewinnen belasten (sobald mit Hilfe obiger Reformen wieder *Goldgewinne* erzielt werden),¹⁾

4. mit Hilfe dieser Reformen endlich seine Notenpresse stilllegen, die Mark stabilisieren und auf die Goldrechnung zurückkommen.

Nur eine bedeutend *gesteigerte* und *normale Goldgewinne abwerfende Produktion* kann die *Grundlage für Deutschlands Wiederaufbau* und Zahlungsfähigkeit werden. Der Wohlstand

¹⁾ Wie trostlos ungenügend die gegenwärtige Steuerpraxis ist, erhellt aus der Tatsache, daß heut sage und schreibe 2 0/0 aller Reichsausgaben durch Steuern gedeckt sind. Und zur Schande der deutschen Demokratie sei hinzugefügt, daß 90 0/0 der gesamten deutschen Einkommensteuer nur von der Arbeiter- und Beamtenklasse aufgebracht werden.

aller Nationen beruht auf einer normalen, mit Nutzen absetzbaren Produktion. Hat Deutschland erst wieder seine Produktion hergestellt, dann darf es auch wieder internationalen Kredit beanspruchen. Denn die beste Garantie, die es für eine Anleihe leisten kann, wäre die wieder lukrativ gestaltete Arbeitskraft des deutschen Volkes.

Alle diese Reformen könnten zunächst *ohne* ausländische Hilfe durchgeführt werden. Denn so tiefe Wunden auch der Versailler Vertrag der deutschen Weltstellung und dem deutschen Wirtschaftsleben geschlagen haben mag, er hat Deutschland *nicht* zu dieser humanitär-destruktiven Umstülpung der normalen Wirtschaft gezwungen, und er zwingt es auch nicht, in diesem System zu verharren. Wenn reiche Länder, wie die Vereinigten Staaten, England, die Schweiz oder Holland sich den Luxus einer solchen Sozialreform leisten wollten, könnte niemand sie tadeln. Denn der Zweck aller gesellschaftlichen Arbeit ist die Bereicherung und die dadurch möglich werdende Besserstellung der arbeitenden Klassen. Wenn aber besiegte, verarmte und überschuldete Länder wie Deutschland und Russland sich zu diesem Luxus berechtigt halten, dann begehen sie ein Verbrechen an sich selbst. Die reumütige Rückkehr der russischen Bolschewisten zum kapitalistischen Produktionssystem beweist das zur Genüge.

* * *

Wenn die Ruhrbesetzung dazu führen könnte, die deutsche Leistungsfähigkeit durch eine internationale Kommission feststellen zu lassen, wenn besagte Kommission der Welt im allgemeinen und dem deutschen Volke im besonderen die Augen darüber öffnen wollte, dass Deutschlands gegenwärtige Produktions- und Finanzwirtschaft eine krasse Selbstvernichtung ist, dann könnte sie zuguterletzt doch noch segensreich wirken.

Jedenfalls ist es, wie die Dinge liegen, deutscherseits eine Vermessenheit, den Siegern Reparationen zu versprechen, ohne gleichzeitig jene Reform zu reformieren, die Deutschlands ehemalige Prosperität vernichtet und mit der Behauptung, Deutschland sei die fortgeschrittenste Demokratie der Welt, das deutsche Volk zu einer Herde von Parias gemacht hat.

BERLIN

HERMANN FERNAU